

Weg mit §218!

Bayerisches Bündnis für die Streichung des §218 StGB

Das Bayerische Bündnis für die Streichung des §218 StGB besteht aus diversen lokalen und überregionalen politischen und feministischen Gruppen, Verbänden, Beratungsstellen und Einzelpersonen.

Ziel des Bündnisses ist die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland und die damit einhergehende Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen sowie die Sicherung des Rechts auf Selbstbestimmung der Frau.

Zusammen mit dem deutschlandweiten *Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung* machen wir am 28. September, dem internationalen #safeabortionday, auf die Diskriminierung von ungewollt Schwangeren aufmerksam.

pro familia
Bayern



JUSOS
MÜNCHEN



iMMA



**kritische
medizin
muenchen**



**GRÜNE
JUGEND**
München



**Arbeitskreis
Frauengesundheit**

in Medizin, Psychotherapie
und Gesellschaft e.V.

unabhängig - überparteilich



FEMWORXX
Verein für Frauensolidarität



sozial · integrativ · aktiv · für frauen



**Beratungsstelle
Frauennotruf**

München

Weg mit §218!

Wir fordern

- die sofortige Streichung des § 218 StGB (inklusive §219a): uneingeschränkten, legalen, kostenfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen
- den kostenfreien, offenen Zugriff auf sachgerechte Informationen über Schwangerschaftsabbrüche (ohne jeglichen Beratungszwang), sowie staatlich geförderte Beratungsangebote durch Ärzt*Innen und Beratungsstellen, die freiwillig in Anspruch genommen werden können
- Abbruchmethoden als Teil der ärztlichen Ausbildung
- Schutz und Unterstützung für Einrichtungen, die Beratung anbieten oder Schwangerschaftsabbrüche vornehmen
- eine staatlich geförderte Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und die diskriminierungsfreie Behandlung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen oder sich bereits für einen Abbruch entschieden haben

Als Voraussetzung für einen verantwortungsvollen, gesellschaftlichen Umgang mit Schwangerschaften empfehlen wir die sofortige Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Informationen und kostenfreien Zugang zu Verhütungsmethoden (ohne Altersbegrenzung nach oben)
- kostenfreie Abgabe der „Pille danach“
- Verbesserung und Ausbau der schulischen Aufklärung, wissenschaftliche Sexualaufklärung für alle Altersgruppen
- Eine Ausweitung der Förderung der Schwangerenberatungen und der familienunterstützenden Leistungen (Ausbau der bestehenden Beratungsstellen, Förderung niedrigschwelliger Angebote)

Folgt #wegmit218 auch auf Facebook:

